

DIE KOMMUNALE

Das Magazin für Kommunalpolitik



 Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in NRW e.V.
Geschäftsbericht 2024 bis 2026

Seite 6

—
**Starke Familien.
Starke Kommunen.
Gute Zukunft.**

Seite 10

—
**Familien in den
Mittelpunkt!**

Seite 12

—
**Stadt und Land, leider
nicht mehr Hand in Hand!**

Jahrgang 23 — Ausgabe 1 — 2026



Bereit für eine nachhaltige Veränderung.

Durch gezielte Investitionen gut aufgestellt in die Zukunft.

Die Sparkassen-Finanzgruppe unterstützt Unternehmen bei ihrer Transformation – mit passgenauen Finanzierungen aus dem starken Verbund von Sparkassen, Landesbanken und Deutsche Leasing.

Weil's um mehr als Geld geht.



GEMEINSAM STARK!



19. Ordentliche Bundesdelegiertenversammlung

ZUSAMMEN ZUKUNFT GESTALTEN – BUND, LÄNDER UND KOMMUNEN

BUNDES
SGK

INHALT

PROGRAMMABLAUF

- 4 22. Ordentliche Landesdelegiertenversammlung
- 4 Kommunaler Abend
- 5 19. Ordentliche Bundesdelegiertenversammlung

GEMEINSAM STARK!

- 6 Starke Familien. Starke Kommunen.
Gute Zukunft.

VORSTANDSWAHLEN

- 8 SGK-Landesvorstand
Unsere Kandidatinnen und Kandidaten

GEMEINSAM STARK!

- 10 Familien in den Mittelpunkt!
Mit greifbarer Politik unser
Gemeinwesen modernisieren
- 12 Stadt und Land, leider nicht
mehr Hand in Hand!
Die Folgen schwarz-grüner Regierungspolitik

GESCHÄFTSBERICHT

- 14 Expertengruppe
Kommunalverfassungsrecht
- 16 Expertengruppe
Kommunalfinanzen
- 18 Young Professionals
- 19 Mitgliederentwicklung und Finanzen
- 19 SGK-Schriftenreihe
- 20 Seminarprogramm
Erfolg ist kein Zufall...
Seminare nach §113 GO
- 22 SGK-Geschäftsstelle
Personal
EIN FSJP BEI DER SGK NRW
- 24 SGK-Digital
- 25 Gutes Regieren in einem modernen Staat
Impulsgeber für einen handlungsfähigen Staat
- 26 Treffen, Netzwerk, Kooperationen



LIEBE LESERINNEN, LIEBE LESER,

mit dieser Ausgabe der KOMMUNALEN begrüßen wir Sie und Euch ganz herzlich zu unserer diesjährigen Sonderausgabe anlässlich der 22. Ordentlichen Landesdelegiertenversammlung der SGK NRW am 17. April sowie der 19. Ordentlichen Bundesdelegiertenversammlung am 18. April 2026 im Kongress Dortmund. In diesem Jahr kommen beide Versammlungen erstmals gemeinsam zusammen – ein starkes Signal für die kommunale Familie: Gemeinsam stark!

Unter dem Leitthema „Starke Familien. Starke Kommunen. Gute Zukunft.“ rücken wir die zentrale Rolle der Kommunen für den Alltag der Menschen in den Mittelpunkt. Familien brauchen verlässliche Betreuungs- und Bildungsangebote, eine funktionierende Infrastruktur und Kommunen, die handlungsfähig sind. Nur so lässt sich Zukunft vor Ort aktiv gestalten.

Die gemeinsame Durchführung von Landes- und Bundesdelegiertenversammlung unterstreicht zugleich, wie wichtig der enge Schulterschluss zwischen Bund, Ländern und Kommunen ist. Die Herausforderungen unserer Zeit – von finanziellen Spielräumen bis hin zur Daseinsvorsorge – lassen sich nur gemeinsam bewältigen.

Ein besonderer Dank gilt allen, die diese Veranstaltung ermöglichen: den zahlreichen Mitwirkenden, Referentinnen und Referenten sowie den engagierten Organisatorinnen und Organisatoren im Hintergrund. Ebenso danken wir unseren Partnern und Ausstellern, die den fachlichen Austausch bereichern und wertvolle Impulse für die kommunale Praxis geben.

Neben den inhaltlichen Debatten bietet der Kommunale Abend in diesem Jahr einen besonderen Rahmen für persönliche Gespräche, neue Kontakte und den Austausch innerhalb unseres Netzwerks. Gemeinsam mit der Bundes-SGK laden wir in den „EVONIK-Stammtisch“ im Signal Iduna Park in Dortmund ein – eine außergewöhnliche Kulisse für Begegnung und Dialog. Mit Sigmar Gabriel dürfen wir einen prominenten Ehrengast begrüßen, der in seinem Beitrag die Verbindung zwischen globalen Entwicklungen und den konkreten Herausforderungen vor Ort beleuchten wird.

Wir wünschen Ihnen und Euch eine erkenntnisreiche Lektüre, spannende Diskussionen und freuen uns auf ein Wiedersehen in Dortmund!

Herzliche Grüße!

Maik Luhmann

Landesgeschäftsführer der SGK NRW



22. ORDENTLICHE LANDESDELEGIERTENVERSAMMLUNG

FREITAG, 17. APRIL 2026, 11:00 UHR | KONGRESS DORTMUND

🕒 11:00 Uhr

EINLASS – GET-TOGETHER MIT MITTAGSIMBISS

🕒 12:00 Uhr

ERÖFFNUNG, BEGRÜßUNG UND KONSTITUIERUNG

- Wahl einer Versammlungsleitung
- Tagesordnung und Geschäftsordnung
- Wahl Mandatsprüfung- und Zählkommission

NRW - LAND FÜR WACHSTUM UND AUFSTIEG

JOCHEN OTT MDL

Spitzenkandidat der NRWSPD für die Landtagswahl 2027 und Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion NRW

REDE UND BERICHT DES VORSITZENDEN

FRANK MEYER

Vorsitzender der SGK NRW

AUSSPRACHE ZU DEN REDEN UND ZUM BERICHT DES VORSITZENDEN

WAHLEN

- Wahl des Vorsitzenden/der Vorsitzenden

- Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden
- Wahl der Schriftführerin/des Schriftführers
- Wahl der Schatzmeisterin/des Schatzmeisters
- Wahl der Beisitzerinnen/der Beisitzer
- Wahl der Revisorinnen/der Revisoren

🕒 ca. 14:30 Uhr

KAFFEEPAUSE

🕒 15:00 Uhr

NRW IN ORDNUNG BRINGEN – JETZT ERST GERECHT!

SARAH PHILIPP MDL

Vorsitzende der NRWSPD und stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion NRW

DER ALLTAG DER MENSCHEN MUSS FUNKTIONIEREN – FÜR STARKE UND HANDLUNGSFÄHIGE KOMMUNEN

DR. THORSTEN KORNBLOM

Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig und Vorsitzender der Bundes-SGK

DISKUSSIONSRUNDE

STARKE FAMILIEN. STARKE KOMMUNEN. GUTE ZUKUNFT.

THILO WAASEM

Beigeordneter für Jugend und Soziales, Schule, Kultur und Sport beim Städte- und Gemeindebund NRW

ANDREA HENZE

Oberbürgermeisterin der Stadt Gelsenkirchen

MARC HERTER

Oberbürgermeister der Stadt Hamm

GABRIELE SCHMIDT

ver.di-Landesbezirksleiterin NRW

Moderation: **Thomas Seim**

Autor, Berater und Coach

ANTRAGSBERATUNG

🕒 ca. 17:30 Uhr

SCHLUSSWORT

🕒 19:00 Uhr

KOMMUNALER ABEND

KOMMUNALER ABEND

FREITAG, 17. APRIL 2026, 19:00 UHR | "EVONIK-Stammtisch", Signal Iduna Park (Westfalenstadion)

Wir freuen uns sehr, Euch in diesem Jahr zum gemeinsamen **Kommunalen Abend der SGK NRW und der Bundes-SGK** im „EVONIK-Stammtisch“ im Signal Iduna Park in Dortmund begrüßen zu dürfen.

Wir freuen uns auf **Sigmar Gabriel als Ehrengast** an diesem Abend! Der ehemalige Vize-Kanzler, Wirtschafts- und Außenminister sowie SPD-Vorsitzende wird in seinem Beitrag auf den Zusammenhang zwischen globaler Krise und kommunaler Realität eingehen. Gutes Essen, leckere Getränke und ein DJ sorgen für den richtigen Rahmen - beste Voraussetzungen für einen angenehmen Abend mit spannendem Input und anregenden Gesprächen.

🕒 18:30 Uhr

EINLASS

🕒 19:00 Uhr

BEGRÜßUNG

FRANK MEYER

Oberbürgermeister der Stadt Krefeld und Vorsitzender der SGK NRW

DR. THORSTEN KORNBLOM

Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig und Vorsitzender der Bundes-SGK

🕒 19:15 Uhr

DINNER-SPEECH

VERTRAUEN ZURÜCKGEWINNEN – SOZIALDEMOKRATISCHE ANTWORTEN IN GESAPANNTEN (GEOPOLITISCHEN) ZEITEN

SIGMAR GABRIEL

Publizist, Berater, Vizekanzler a.D.

🕒 20:00 Uhr

ABENDESSEN UND GEMÜTLICHES BEISAMMENSEIN

19. ORDENTLICHE BUNDESDELEGIERTENVERSAMMLUNG

FREITAG, 18. APRIL 2026, 10:00 UHR | KONGRESS DORTMUND

🕒 08:30 Uhr

EINLASS

🕒 10:00 Uhr

ERÖFFNUNG UND BEGRÜßUNG

THOMAS BEYER

Stellv. Vorsitzender der Bundes-SGK und
Bürgermeister der Hansestadt Wismar

REDE

BÄRBEL BAS

Vorsitzende der SPD und
Bundesministerin für Arbeit und Soziales

VEREINSREGULARIEN/BERICHTE

REDE UND BERICHT DES VORSITZENDEN

DR. THORSTEN KORNBLOM

Vorsitzender der Bundes-SGK und
Oberbürgermeister der Stadt Braunschweig

WAHL DES/DER VORSITZENDEN

GRUSSWORTE

CHRISTOPHE ROUILLON

Präsident von PES-Local. Vizepräsident des
Verbandes der Bürgermeister Frankreichs
und Vizepräsident des Europäischen
Ausschusses der Regionen (AdR)

JÜRGEN COÛE MDB

Kommunalpolitischer Sprecher der
SPD-Bundestagsfraktion

WOLFRAM LEIBE

Sprecher der SPD-Gruppe im Deutschen
Städtetag und Oberbürgermeister der Stadt Trier

FORTSETZUNG DER WAHLEN

- Wahl der stellvertretenden
Vorsitzenden
- Wahl der Schatzmeisterin/des
Schatzmeisters
- Wahl der Schriftführerin/des
Schriftführers
- Wahl der Beisitzerinnen/der Beisitzer
- Wahl der Revisorinnen/der Revisoren

ANTRAGSBERATUNG

25 JAHRE SPD/SGK KOMMUNALAKADEMIE

u.a. mit

KLAUS TOVAR

Leiter der Parteischule

DETLEF RAPHAEL

Ehemaliger Geschäftsführer der Bundes-SGK

🕒 ca. 13:00 Uhr

MITTAGSPAUSE

🕒 ca. 13:30 Uhr

FORTSETZUNG DER ANTRAGSBERATUNG

DISKUSSIONSRUNDE

DIE KOMMUNALE FINANZLAGE – ANFORDERUNGEN AN DEN ZUKUNFTSPAKT

u.a. mit

RALPH SPIEGLER

Präsident des Deutschen Städte- und
Gemeindebundes und
Bürgermeister der Verbandsgemeinde Nieder-Olm

SVEN AMBROSY

Vizepräsident des Deutschen Landkreistages
und Landrat des Landkreis Friesland

IM GESPRÄCH

SMARTE STÄDTE UND REGIONEN – WO DIGITALE INNOVATIONEN ZU HAUSE SIND

MARC GROSS

Vertreter des Vorstandes KGSt

SEBASTIAN KOPIETZ

Stadtdirektor der Stadt Bochum

SCHLUSSWORT DER/DES NEU GEWÄHLTEN VORSITZENDEN

🕒 ca. 15:30 Uhr

KOMMUNALES GET-TOGETHER FÜR TEILNEHMENDE UND AUSSTELLER

Anzeige

UNS GIBT'S NICHT ZUM
NULLTARIF!



WEIL ES UM
MENSCHEN GEHT.
DIE APOTHEKE.

**Sparpolitik
gefährdet
Ihre Gesundheit.**

Jetzt das Honorar erhöhen!



Alle Informationen zur Transparenzbekanntmachung
finden Sie unter: <https://www.gesundheitsichern.de/tpa/>

STARKE FAMILIEN. STARKE KOMMUNEN. GUTE ZUKUNFT.



Frank Meyer

Landesvorsitzender der SGK NRW und Oberbürgermeister der Stadt Krefeld

Das ist nicht nur das Motto der diesjährigen Landesdelegiertenversammlung der SGK, sondern das muss unser Versprechen für die Zukunft vor Ort sein! Unser Anspruch muss es sein, nicht nur die Handlungsfähigkeit der kommunalen Ebene zu erhalten, sondern die Dinge vor Ort so zu gestalten, dass insbesondere Familien davon profitieren.

BRENGLÄSER GESELLSCHAFTLICHER ENTWICKLUNG

Was ist damit gemeint und warum beziehen wir uns nur auf Familien? Ganz klar: Familien – in einem weit verstandenen Sinne, das sind die Brenngläser gesellschaftlicher Entwicklungen. Hier entscheidet sich konkret, ob der Alltag funktioniert oder nicht. Dabei geht es nicht nur um Fragen, wie: Hat die Kita wegen Personalmangel geschlossen? Kann mein Kind noch irgendwo schwimmen lernen? Oder regnet es durchs Dach der Turnhalle? Nein, es geht um viel mehr! Es geht darum, ob ich als Familie vor Ort gut und sicher leben kann. Gibt es ausreichend Arbeitsplätze in erreichbarer Entfernung? Gibt es Unternehmen und Handwerksbetriebe, die investieren, vor Ort Steuern zahlen und sich um ihre Beschäftigten kümmern? Funktioniert der gesellschaftliche Zusammenhalt vor Ort? Gibt es attraktive Orte, wie Parks, Kultureinrichtungen, Sportplätze oder Innenstädte? Kann ich mich vor Ort sicher fühlen? Bewege ich mich durch eine saubere Stadt? Funktioniert die lokale Demokratie?

Das alles macht Lebensqualität vor Ort aus. Auf diesen Feldern lässt sich gute Zukunft bestellen.

Wir erkennen sehr schnell, starke Familien und starke Kommunen bedingen sich gegenseitig. Schwache Kommunen sind nicht in der Lage, attraktive Rahmenbedingungen zu schaffen, weil ihnen die Handlungsfähigkeit abhanden kommt. Kommunen, die nicht mehr

Foto: SGK NRW

ZUKUNFTS- ENERGIEN Für NRW



Wir sind die Energiewende-Macher in Nordrhein-Westfalen. Wir stehen für den landesweiten Ausbau aller Formen regenerativer Energien - von Wind-, Solar- und Bioenergie über Wasserkraft bis hin zu Geothermie!

**JETZT
INFORMIEREN
WWW.LEE-NRW.DE**

LEE NRW
Landesverband
Erneuerbare Energien
Nordrhein-Westfalen

Anzeige

gestalten können, haben ein großes Problem: Es entsteht eine Abwärtsbewegung, die nach und nach alle Lebensbereiche erfasst. Und ein Stadt-, Gemeinderat oder Kreistag, in dem nur noch das Diktat des Rotstiftes herrscht, bringt keine guten Ergebnisse für die Menschen hervor. Das beschädigt Demokratie, indem die Selbstwirksamkeitserwartungen der Politikmachenden enttäuscht werden, und trägt viel Frust in die Bevölkerung hinein. „Aus einem verzagten Halse kommt kein fröhlicher Ton“ – so die leicht abgemilderte, aber zutreffende Abwandlung eines bekannten Zitates.

SYSTEMRELEVANZ DER KOMMUNALEN EBENE

Aktuell stehen wir vielerorts genau an dieser Schwelle. Ja, unsere Kommunen sind systemrelevant und wären sie Banken, wären längst zahlreiche Rettungspakete auf den Weg gebracht. Die Realität sieht anders aus. Das wissen wir. Und wir wissen auch, dass wir uns nicht aus eigener Kraft aus dieser Vergeblichkeitsfalle von überbordenden Ausgaben und sinkenden Einnahmen befreien können.

Wir sind auf die stabile Vernetzung zwischen den staatlichen Ebenen angewiesen. Und eigentlich ist es doch ein schönes Bild mit dem Netz, das zwischen Kommunen, Ländern und dem Bund geknüpft wird. Dessen Maschen so eng sind, dass niemand Gefahr läuft, hindurchzurutschen. Dessen Stabilität so hoch ist, dass es viele Belastungen aushält. Wenn da der Abgleich mit der Realität nicht wäre...

Unsere letzte Landesdelegiertenversammlung fand statt, wenige Monate bevor die viel geschmähte Ampel-Regierung im Bund auseinanderbrach. Die Neuwahl des Bundestages Anfang 2025 hat uns die Neuauflage der großen Koalition gebracht. Um nicht zu schnell auf die ernüchternde Gegenwart zu springen, wage ich den Blick zurück auf die Koalitionsverhandlungen. Da muss man sagen: Chapeau, liebe SPD! Selten waren so viele SPD-Kommunale daran beteiligt, auf Bundesebene einen Koalitionsvertrag auszuhandeln. Wenn ich mir die Ergebnisse in der Koalitionsvereinbarung in Erinnerung rufe, können die Kommunalos eigentlich ganz zufrieden sein. Eigentlich... Denn passiert ist auf den kommunal relevanten Feldern noch nicht genug, um vor Ort positive Impulse zu spüren. Manchmal könnte man den Eindruck gewinnen, dass die kommunale Verwandtschaft schnell in Vergessenheit gerät, so bald sie wieder den Zug in Richtung Heimat bestiegen hat.

Um es auf den Punkt zu bringen: Die kommunale Familie erwartet mehr von der aktuellen Bundesregierung – insbesondere eine stärkere Einbindung bei wesentlichen Fragen. Denn wenn immer nur Bund und Länder über kommunale Fragen beraten, verwundert es nicht, wenn dabei Geschäfte zulasten Dritter entstehen.

NRW: UNTER WÜST AUF DEM ABSTELLGLEIS

Auch wenn uns Düsseldorf räumlich näher ist, könnte die Distanz kaum größer sein. Das liegt nicht nur daran, dass der NRW-Ministerpräsident die Koalitionsverhandlungen im Bund geschwänzt hat. Augenscheinlich, um im Nachhinein an nichts gebunden zu sein. Was ist das für ein Selbstverständnis des Ministerpräsidenten des größten deutschen Bundeslandes. Und nein, er hat auch nicht seine besten Leute für die Verhandlungen nach Berlin geschickt.

Bedeutend schlimmer ist jedoch, wie unsere aktuelle Landesregierung mit den eigenen Kommunen umgeht. Über die Kommunen bricht die schlimmste Finanzkrise seit jeher herein – und es pas-

siert nichts. Verwiesen wird auf den klammen Landeshaushalt, um den es bei weitem nicht so schlecht bestellt ist wie um die Haushalte der 396 Kommunen im Land.

Noch schlimmer ist, dass die Landesregierung zum Beispiel bei der Verteilung der Mittel aus dem Sondervermögen (LuKIFG) nicht nur dafür gesorgt hat, dass die kommunale Mindestquote von 60 Prozent aus dem Gesetz fliegt, sondern mithilfe trickreicher Verschiebungen noch nicht einmal 50 Prozent der Mittel aus dem Sondervermögen in die kommunalen Kassen fließen lässt. Die Liste der weiteren kommunalen Baustellen dieser Landesregierung ist lang und wird an anderer Stelle in diesem Heft ausführlich dargestellt. Es geht aktuell um nichts weniger als die Gestaltung unsere Zukunft. Hierfür benötigen Kommunen starke Partner an ihrer Seite. Die sehen wir in der aktuellen Regierung nicht. „NRW, jetzt erst gerecht“ als gemeinsames Leitmotiv könnte für 2027 eine spannende Perspektive sein.

Abschließend will ich auf die Kommunalwahl zurückblicken – und zwar positiv. Seien wir ehrlich miteinander: Entgegen der Auffassung vieler Beobachter hat die SPD bei der Kommunalwahl im vergangenen Jahr nicht eine große Niederlage eingefahren, sondern ein unter diesen Umständen sehr respektables Ergebnis erzielt! Wir haben vor Ort mit guten Leuten gekämpft, haben mancherorts mutig neue Köpfe oder Politikentwürfe präsentiert, wir haben an unzähligen Haustüren geklingelt und wir haben uns glaubwürdig um die „Brot-und-Butter-Themen“ gekümmert. Die Kommunalpolitikerinnen und -politiker der SPD sind dort fest verankert, wo sie gebraucht werden. Trotz Gegenwind gelingt es ihnen, Zuversicht und Vertrauen zu vermitteln. Und wir zeigen damit: Gemeinsam sind wir stark und können Wahlen für uns entscheiden.

Mobilität für alle Sicher, bezahlbar, solidarisch



Beim **ACE Auto Club Europa** steht der Mensch mit seiner alltäglichen Mobilität im Mittelpunkt. Wir verstehen Mobilität als Zusammenspiel von Auto, ÖPNV, Zweirad und Zu-Fuß-Gehen – so, wie Menschen wirklich unterwegs sind.

Als **Mobilitätsbegleiter** mit solidarischem Kompass setzen wir uns für **bezahlbare Mobilität** und dafür ein, dass jeder Mensch entsprechend seiner Lebenssituation mobil sein kann. Damit alle sicher ans Ziel kommen, engagieren wir uns konsequent für mehr Verkehrssicherheit und die Vision Zero.

Kontaktieren Sie uns bei Interesse an einer Zusammenarbeit in Ihrer Kommune.



Mail: Jael.Raeker@ace.de
Tel: 0151 20009790
www.ace.de





SGK-LANDESVORSTAND

UNSERE KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN



FÜR DEN GESCHÄFTSFÜHRENDEN VORSTAND KANDIDIEREN

Vorsitzender



Frank Meyer

Oberbürgermeister
Stadt Krefeld

Stellvertreter



Thorsten Burmester

Oberbürgermeister
Stadt Köln

Stellvertreter



Ali Dogan

Landrat
Minden-Lübbecke

Stellvertreterin



Sarah Süß

Bürgermeisterin
Gemeinde Steinhagen

Schatzmeister



Henning Gronau

Bürgermeister
Gemeinde Erndtebrück

Schriftführerin



Miriam Scherff

Oberbürgermeisterin
Stadt Wuppertal

Fotos: SGK NRW | Kandidat*innen

Anzeige

Deutschlands größte elektrische Zustellflotte wächst weiter.*



* Mit über 37.000 Fahrzeugen haben wir von Deutsche Post und DHL die mit Abstand größte elektrische Zustellflotte des Landes.
[deutschepost.de/nachhaltigkeit](https://www.deutschepost.de/nachhaltigkeit)



Deutsche Post



ALS BEISITZERINNEN UND BEISITZER IM VORSTAND KANDIDIEREN

Shamail Arshad

Fraktionsvorsitzender
Velbert

Dr. Horst Baier

Stv. Fraktionsvorsitzender
Neukirchen-Vluyn

Noah Börnhorst

Ratsmitglied
Stadt Münster

Dr. Marcel Franzmann

Fraktionsvorsitzender
Kreis Höxter

Nina Frense

Beigeordnete
Regionalverband Ruhr

Matthias Kalkreuter

Bürgermeister
Stadt Lage

Andrea Kanonenberg

Pressesprecherin
Stadt Wesseling

Silke Kohaupt

Fraktionsvorsitzende
Kreis Paderborn

Sebastian Kopietz

Beigeordneter
Stadt Bochum

Rajko Kravanja

Bürgermeister
Stadt Castrop-Rauxel

Holger Lachmann

Beigeordneter
Stadt Neuss

Annegret Lewak

Kreistagsmitglied
und stv. Landrätin
Kreis Euskirchen

Mario Löhr

Landrat
Kreis Unna

Dr. Barbara Lübbecke

Ratsmitglied der Stadt
Bergisch Gladbach

Jan Mölders

Stv. Vorsitzender
Xanten

Natalia Neufeld

Stv. Fraktionsvorsitzende
Hörstel

Torsten Rekwitz

Ratsmitglied
Stadt Bergheim

Lennart Rixen

Stv. Bürgermeister
Stadt Geseke

Olaf Schade

Stv. Fraktionsvorsitzender
Regionalverband Ruhr

Christian Uhr

Stadtdirektor
Stadt Dortmund

Sven Wiertz

Stadtdirektor
Stadt Remscheid

AUS DEM SPD-LANDESVORSTAND WERDEN FOLGENDE BEISITZERINNEN UND BEISITZER VORGESCHLAGEN

Felix Heinrichs

Oberbürgermeister
Stadt Mönchengladbach

Nadine Heselhaus

Mitglied
Deutscher Bundestag

Nadia Khalaf

Ratsmitglied Stadt
Mülheim an der Ruhr

Apostolos Tsalastras

Erster Beigeordneter
Stadt Oberhausen



Fotos: SGK NRW

Anzeige



Spezialversicherer mit Weitblick

Sicherheit für kommunale Aufgaben

Mit Sicherheit in die Zukunft

Kommunen, kommunale Unternehmen und Sparkassen üben komplexe Tätigkeiten aus, die mit hohen Risiken verbunden sind. Das Ausmaß eintretender Schäden ist nicht vorhersehbar. Die notwendige Schadenregulierung gefährdet den Etat und bedroht im Einzelfall ernsthaft die finanzielle Stabilität.

Aufbauend auf unserer über 100-jährigen Erfahrung in der Kommunalversicherung, schützen wir Sie durch ein umfassendes und hochspezialisiertes Risikomanagement. Wir übernehmen Ihr Risiko, regulieren Ihre Schäden. Machen Sie Ihre Zukunft planbar – mit GVV Kommunal.

Gesetzliche, politische, soziale und wirtschaftliche Entwicklungen verändern laufend die Rahmenbedingungen und Inhalte kommunaler Tätigkeiten und damit die Risikosituation. Wir reagieren mit unternehmerischer Flexibilität und Innovationsbereitschaft und passen den Risikoschutz für unsere Mitglieder stets optimal an. Wir beraten Sie gern unter **Tel. 0221 4893-939**

GVV Kommunalversicherung VVaG
Aachener Straße 952-958 | 50933 Köln

gvv-kommunal.de

FAMILIEN IN DEN MITTELPUNKT!

MIT GREIFBARER POLITIK UNSER GEMEINWESEN MODERNISIEREN



In einer Zeit, in der jeden Tag eine andere Schlagzeile die Debatte beherrscht, wird oft etwas Entscheidendes übersehen: Das Fundament jeder gesellschaftlichen Modernisierung ist die Familie. Wenn wir unser Gemeinwesen zukunftsfest machen wollen, muss die Perspektive von Familien vielmehr zum strategischen Zentrum politischer Überlegungen werden. Wer Familien entlastet, stärkt die Wirtschaft; wer Kinder fördert, investiert in die Demokratie von morgen; wer gute Schulen baut, öffnet das Tor zur Zukunft.

Doch wie sieht eine Politik aus, die nicht nur in Sonntagsreden glänzt, sondern im Alltag der Menschen spürbar ankommt? Der Blick in verschiedene Kommunen zeigt, dass gute Lösungen vor Ort entstehen – dort, wo Kommunen mutig neue Wege gehen, Strukturen verändern und die Menschen in Veränderungsprozesse einbinden.

FAMILIENFREUNDLICHSTE STADT HAMM

Marc Herter hat als Oberbürgermeister der Stadt Hamm den Nachweis geführt, dass „Familienfreundlichkeit“ kein bloßes Marketing-Label sein muss. Hamm soll die familienfreundlichste Stadt in Deutschland werden, so die Zielsetzung, die bereits 2020 bei der Kommunalwahl formuliert wurde. Als „familienfreundlichste Stadt“ setzt Hamm Maßstäbe, indem sie Angebote der verschiedenen Anlaufstellen bündelt, Barrieren abbaut und Strukturen vereinfacht.

So ist das „Familienrathaus“ zentrale Anlaufstelle für alle Belange, die Familien bewegen. Das Besondere: Das Leistungsportfolio orientiert sich weniger an den Zuständigkeiten einzelner Dienststellen als vielmehr an familiären Lebenslagen. Alles ist darauf angelegt, schnell und zielgerichtet zu unterstützen. Weitere Bausteine sind das Projekt KUS (Kommunale Unterstützungssysteme) oder die YouCardHamm. KUS ist ein systemischer Ansatz, der Schule, Jugendhilfe und weitere Akteure eng miteinander verzahnt. Mit der YouCard können Familien und vor allem Kinder und Jugendliche niedrigschwellig und unkompliziert Leistungen aus dem Bil-

dungs- und Teilhabepaket in Anspruch nehmen, die auf der Karte gespeichert sind und bei Inanspruchnahme einfach abgerechnet werden.

DER AUFSTIEGSPLAN FÜR GELSENKIRCHEN

Einige Kilometer weiter westlich, in Gelsenkirchen, hat Oberbürgermeisterin Andrea Henze mit ihrem Aufstiegsplan im Kommu-

DER SPEZIALIST FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN

Als erfahrener Projektentwickler für Windenergie- und Photovoltaikanlagen begleiten wir Kommunen und private Projektbeteiligte von der Planung über die Realisierung bis hin zur Betriebsführung.

IHR ANSPRECHPARTNER
 Thorsten Wehner, t.wehner@altus-re.de
 +49 160 7850260, www.altus-re.de

Foto: stewart/stockphoto - Pixabay

Anzeige

nalwahlkampf erfolgreich für sich geworben. Sie will Gelsenkirchen zur Stadt der Aufsteigerinnen und Aufsteiger machen – ein ur-sozialdemokratischer Politikansatz. Dabei geht es nicht nur um die individuellen Chancen der Menschen, sondern auch darum, die gesamte Stadt nach vorne zu bringen sowie die wirtschaftliche Entwicklung anzukurbeln.

Andrea Henze verknüpft in ihrem Aufstiegsplan viele unterschiedliche Politikbereiche mit dieser Zielsetzung: Dabei spielen Maßnahmen der Stadtentwicklung (Stadtperspektive Gelsenkirchen 2032) ebenso eine Rolle wie das Thema Sicherheit und Ordnung, die Verbesserung der Bildungsinfrastruktur, die Förderung von Sport und Freizeit sowie vor allem der Themenkomplex Wirtschaftsförderung, Unternehmens- und Flächenentwicklung und Fachkräftesicherung. Das Ziel ist klar: Herkunft darf nicht allein über Zukunft entscheiden und dafür müssen alle Weichen für die Erreichung dieses Ziels gestellt werden.

NRW MUSS INVESTIEREN!

Doch so inspirierend diese kommunalen Beispiele sind, sie stoßen dort an Grenzen, wo Rahmenbedingungen nicht stimmen. Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di setzt mit ihrer Initiative „NRW muss investieren“ dort an und mahnt, dass ein moderner Staat nur dann funktionieren kann, wenn die öffentliche Infrastruktur nicht weiter „auf Verschleiß“ gefahren, sondern investiert wird.

Greifbare Politik für Familien bedeutet: Es braucht genügend Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas, Lehrkräfte in den Schulen und Menschen in Fachdiensten, Ämtern, Arbeitsagenturen oder Job-

centern, die Zeit für die Anliegen der Menschen haben und sie als Partner unterstützen.

Wenn Schwimmbäder schließen, der ÖPNV unzuverlässig ist und Bildungseinrichtungen unter Personalmangel leiden, tragen Familien die Last dieser Defizite im Alltag. Die Forderung von ver.di ist deshalb ebenso schlicht wie deutlich: Investitionen in das Gemeinwesen sind keine Kosten, sondern das Zukunftskapital, das die notwendigen Voraussetzungen für eine funktionierende Gesellschaft schafft. Ohne eine solide Finanzierung der Kommunen und eine Stärkung des öffentlichen Dienstes bleiben Projekte wie in Hamm oder in Gelsenkirchen isolierte Inseln, anstatt dass sie zum flächendeckenden Maßstab werden.

KLARHEIT ALS MASSSTAB

Moderne Politik darf nicht kompliziert sein. Sie muss greifbar und verständlich sein. Sie muss dafür sorgen, dass Eltern morgens ihre Kinder mit einem guten Gefühl in die Kita bringen, dass Jugendliche Perspektiven für sich und ihre Generation sehen und dass der Staat als Partner und nicht als Bürokratie-Maschine wahrgenommen wird. Wenn wir diesen Weg konsequent gehen, modernisieren wir nicht nur unser Gemeinwesen – wir sichern unsere Zukunft. Deshalb ist es richtig, dass der Landesvorstand der NRWSPD mit den „6 Punkten für 26“ klare Prioritäten gesetzt hat: 1. Familienfreundlichkeit, 2. Wirtschaftswachstum und gute Arbeit, 3. Gerechte Bildungschancen von der Kita bis in den Job, 4. Starker Rechtsstaat für alle, 5. Zusammenleben – mit klaren Regeln und echter Integration und 6. Handlungsfähige Kommunen und funktionierende Infrastruktur.

Anzeige

INNOVATION IN EVERY DEGREE



24.–26. November 2026
Messe Dortmund

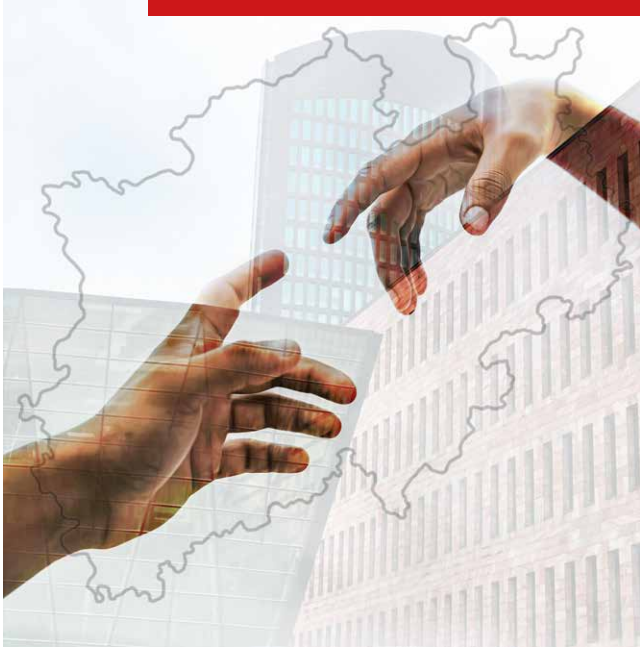
www.heatexpo.de

**INTERNATIONALE
LEITMESSE
FÜR INNOVATIVE
WÄRME- UND
KÄLTEVERSORGUNG**

 **HEAT EXPO**

STADT UND LAND, LEIDER NICHT MEHR HAND IN HAND!

DIE FOLGEN SCHWARZ-GRÜNER REGIERUNGSPOLITIK



Ich beiß ins Lenkrad – bei den vielen Baustellen für die kommunale Familie, die die Landesregierung unbearbeitet lässt!“ – so oder so ähnlich könnten es viele Kommunalos in diesen Tagen auf den Punkt bringen. Viele Baustellen und von Wüsts Landesregierung werden weder Perspektiven eröffnet noch konkrete Lösungsansätze präsentiert. Das ist die traurige Lage ziemlich genau ein Jahr vor der Landtagswahl. Die kommunalen Probleme werden nicht ernst genommen. Vielleicht ist der Ministerpräsident aktuell zu sehr damit beschäftigt, die bröckelnde Fassade „des geräuschlosen“ Regierens irgendwie aufrecht zu erhalten.

Gerade in unruhigen Zeiten wie diesen wäre es dringend notwendig, mit der vereinten Kraft der staatlichen Ebenen Zuversicht und Optimismus zu vermitteln. Das Gegenteil ist der Fall. Es ist schon erstaunlich, wie wenig das die Landesregierung als erster Ansprechpartnerin zu jucken scheint. Immerhin ist das Land verantwortlich für eine angemessene (Finanz-) Ausstattung und damit auch Garant für die kommunale Selbstverwaltung.

Die finanzielle Ausgangslage im Frühjahr 2026 ist schnell und drastisch beschrieben: Das Jahr 2025 endete für die kommunale Familie in NRW mit einem Rekordfinanzierungsdefizit von ungefähr 10 Milliarden Euro (die genauen Zahlen folgen). Die kommunale Verschuldung steigt ebenso wie die Kassenkredite ins Unermessliche. Im vergangenen Jahr konnten gerade einmal 16 nordrhein-westfälische Kommunen einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorlegen, also ihre Ausgaben durch laufende Einnahmen decken, ohne auf Rücklagen zurückzugreifen – und die Zukunftsprognose ist weiterhin sehr düster!

GRUNDSTEUER

Mit ihrem Plan der Grundsteuer-Differenzierung hat die Landesregierung sowohl der Bevölkerung als auch den Kommunen einen Bärendienst erwiesen. Konflikte und Rechtsunsicherheiten sind in die kommunalen Räte verschoben worden. Die Verwaltungsgerichte Gelsenkirchen und Düsseldorf haben bereits über anhängige Klagen entschieden, jedoch ist gegen das Gelsenkirchener Urteil Berufung vor dem Oberverwaltungsgericht eingelegt worden und damit bleibt die ober- bzw. höchstrichterliche Beurteilung abzuwarten. Aber auch ohne diese Einschränkung ist für die Praxis wenig erreicht, bleiben doch wesentliche Fragen für die Hebesatzpolitik unbeantwortet. Angesichts der unterschiedlichen Begründungen der Gerichtsentscheidungen ist derzeit niemand imstande, rechtssichere Empfehlungen zum Umgang mit differenzierten Hebesätzen zu geben. Bis zum 30. Juni 2026 könnte vor Ort die Differenzierung zurückgenommen und ein einheitlicher Hebesatz festgelegt werden. Im Ergebnis bleibt festzuhalten:

Foto: Aadiya Hirachan - Pixels | Bild von Joerg Kessler - Pixabay

Wohnen im Umbruch. Ein Zuhause für alle!

Pop-up-Ausstellung zum Verleih!

Weitere Informationen

➔ www.fes.de/kommunalakademie/wohnen-im-umbruch

Bild: FES/ Julian Rettig



Auszug der Kinder

Friedrich Ebert
Stiftung

Anzeige

Das Vorgehen der Landesregierung ist ein Desaster zulasten der kommunalen Ebene! Danach bleibt es bei der ursprünglichen, von kommunaler Seite formulierten Forderung nach landeseigenen, differenzierten Grundsteuermesszahlen.

BELASTUNGS AUSGLEICH JUGENDHILFE

Die Auseinandersetzung um den Belastungsausgleich Jugendhilfe wird ebenfalls vor Gericht im Rahmen einer Kommunalverfassungsbeschwerde geklärt. Hier hatte das Land die sich aus der Landesverfassung ergebende Konnexitätsverpflichtung zunächst gänzlich ignoriert, bevor im Wege zäher Verhandlungen immerhin Teilzahlungen erreicht werden konnten. Die Aufwendungen für die Kosten des notwendigen Ausbaus von Tageseinrichtungen sind vom Land zu tragen, so die Einschätzung der beauftragten Experten. Insoweit bleibt abzuwarten, wie in den Fällen der klagenden Kommunen entschieden wird.

RECHTSANSPRUCH GANZTAG

Nächstes Thema, nächste gerichtliche Klärung: Beim Rechtsanspruch Ganzttag haben mehrere Kommunen Feststellungsklage eingereicht mit dem Ziel, feststellen zu lassen, dass die Aufgabe der Realisierung des Ganztagsanspruch bisher nicht wirksam auf die Kommunen übertragen worden ist. An dieser Stelle hat die Landesregierung versucht, sich einen schlanken Fuß zu machen, indem sie auf das – bereits im schwarz-grünen Koalitionsvertrag zugesagte – Ausführungsgesetz verzichten und lediglich unverbindliche „fachliche Grundlagen“ zur Realisierung des Anspruchs an die Kommunen geben wollte.

ABC-KLASSEN

Den Vorwurf, die Kommunen nicht ordentlich eingebunden zu haben, muss sich die Landesregierung auch im Falle der ABC-Klassen gefallen lassen. Zwar ist an dem erklärten Ziel, die Sprachkenntnisse von Kindern möglichst frühzeitig zu verbessern, nichts auszusetzen, jedoch ist der eingeschlagene Weg mehr als irritierend! Neben zwei bestehenden (Kita und Schule) soll ein drittes System zusätzlich etabliert werden, bei dem weder organisatorische noch pädagogische Fragen ansatzweise geklärt sind.

KIBIZ-REVISION

Die Pläne überzeugen nicht: Größere Kita-Gruppen, herabgesetzte Personalstandards in Randzeiten und weniger Unterstützungskräfte im Alltag schaffen mutmaßlich nicht mehr, sondern weniger Sicherheit für Eltern, Kinder und Beschäftigte. Soziale Ungleichheiten dürften sich weiter verschärfen, indem statt des dritten beitragsfreien Kindergartenjahres zukünftig auf differenzierte Stundenbuchungen gesetzt werden soll. Nicht nur, dass damit ein zentrales Wahlversprechen der aktuellen Landesregierung durch die Hintertür kassiert wird, es ist zudem vollkommen unklar, wie die angedachten Bausteine zu einer Verbesserung der Situation führen sollen.

Die Baustellen der Landesregierung sind mit Blick auf Städte, Gemeinden und Kreise zahlreich! Wenn andauernd versucht wird, die staatlichen Ebenen oder beteiligte Akteure gegeneinander auszuspielen, ist das kein Zukunftsmodell! Um im anfänglichen Bild zu bleiben: Der Reformstau der Landesregierung wird länger und länger.

Literatur für die Verwaltungspraxis in Nordrhein-Westfalen.



Frankewitsch | Wormit **NEU**
**Versammlungsgesetz
Nordrhein-Westfalen**

2026
Kommentar
310 Seiten, Softcover
ISBN: 978-3-8293-1884-6

40 €

Gunkel | Hoffmann **NEUAUFLAGE**
**Beamtenrecht in
Nordrhein-Westfalen**

10. Auflage 2026
Kommentar
620 Seiten, Softcover
ISBN: 978-3-8293-2074-0

45 €

EXPERTENGRUPPE

KOMMUNALVERFASSUNGSRECHT



Auch 2025 und 2026 hat sich die Expertengruppe Kommunalverfassungsrecht wieder zu aktuellen Gesetzesvorhaben und weiteren rechtlichen Fragestellungen ausgetauscht.

Im März 2025 diskutierte die Expertengruppe einen Gesetzentwurf der Landesregierung, der insbesondere die geplanten Änderungen der Gemeindeordnung, der Kreisordnung und weiterer kommunalrechtlicher Vorschriften beinhaltet.

Die im Gesetzentwurf geplante Ausweitung der Kooperationsmöglichkeiten zwischen Kommunen auch über direkt benachbarte Kommunen hinaus, wurden allseits begrüßt.

Kritisch wurde von der Expertengruppe hingegen die geplanten gesetzlichen Vorgaben für Beratungsgremien für Kinder und Jugendliche gesehen. Hier sollte den Kommunen im Rahmen der Selbstverwaltungsgarantie der bisherige Gestaltungsfreiraum belassen werden. Auch die gesetzlichen Änderungen zur Beteiligung von Menschen mit Einwanderungsgeschichte im Ausschuss für Chancengerechtigkeit und Integration wurden als problematisch angesehen.

Ausdrücklich begrüßt wurde von der Expertengruppe hingegen die Möglichkeit der Bestellung sachkundiger Bürgerinnen und Bürger bereits ab dem sechzehnten Lebensjahr, um im Gegensatz zu reinen Beratungsgremien echte Mitwirkungsmöglichkeiten von Jugendlichen zu stärken.

Wichtig war der Expertengruppe zudem, die gesetzlich fixierten Ordnungsmaßnahmen den gestiegenen Anforderungen an die Sitzungsleitungen der Gremien anzupassen und zu ergänzen, um mehr Ordnungsmöglichkeiten zur Verfügung zu haben.

Kein klares Meinungsbild ergab sich zur geplanten Einführung der Beigeordnetenwahl auf Kreisebene. Während auf der einen Seite ein gestiegener Konkurrenzdruck um Personal mit den kreisangehörigen Städten und Gemeinden befürchtet wurde, wurde auf der anderen Seite die erweiterten politischen Besetzungsmöglichkeiten diskutiert.

Ebenfalls von der Expertengruppe beraten wurde das Gesetz zur Modernisierung des öffentlichen Dienstes. Hierbei wurde insbesondere die geplante Rückkehrmöglichkeit für Wahlbeamte begrüßt.

Nachdem das Gesetz zur Änderung kommunalrechtlicher und weiterer Vorschriften im Juli 2025 kurz vor der Sommerpause beschlossen wurde, fanden ab November die konstituierenden Sitzungen der Räte



Marion Weike

Leiterin der Expertengruppe Kommunalverfassungsrecht

und Kreistage statt. Dies nahm die Expertengruppe zum Anlass, sich bei ihrer Sitzung im Februar 2026 über die ersten Erfahrungen mit der Anwendung des neuen Gesetzes auszutauschen und mögliche Nachbesserungsbedarfe zu diskutieren.

Einig waren sich die Expertinnen und Experten darin, dass die – wenn auch mutmaßlich ungewollte – Begrenzung der Anzahl der stimmrechtslosen sachkundigen Einwohnerinnen und Einwohner in Ausschüssen im gleichem Umfang wie stimmberechtigte sachkundige Bürgerinnen und Bürger in der Praxis nur eine sehr untergeordnete Bedeutung habe und deshalb kein akuter Änderungsbedarf bestehe.

Differenzierter wurde die Neuregelung der Wahlen zu den Ausschussbesetzungen von der Expertengruppe anhand der ersten sich teils widersprechenden Gerichtsentscheidungen beurteilt. Einig waren sich die Teilnehmenden darin, dass der Spiegelbildlichkeitsgrundsatz als Ausfluss des Demokratieprinzips nicht einfachgesetzlich veränderbar sei und deshalb jede neue Gesetzesformulierung diesem Maßstab genügen müsse. Die Rechtsprechung solle deshalb im Blick behalten werden und ein Anlauf für eine erneute Gesetzesänderung erst einmal nicht verfolgt werden.

Ebenfalls in diesem Zusammenhang fand ein intensiver Austausch zur Frage der Umbesetzungsmöglichkeit durch einfach Mitteilung statt. War bisher ein Ratsbeschluss erforderlich, genügt nach der Gesetzesnovellierung eine einfache Mitteilung durch die umbesetzende Fraktion. Hierbei sei die fehlende Bestimmtheit des Verfahrens und der unklaren Einbindung der von einer Umbesetzung betroffenen Person problematisch und müsse sofern in der Praxis Problemlagen entstünden erneut betrachtet und eventuell gesetzlich näher spezifiziert werden.

Als weiterer Beleg der nicht bis ins letzte durchdachten Gesetzesnovellierung wurde sodann die Einberufungsmöglichkeit einer Ratssitzung im Verhinderungsfall durch die oder den ersten ehrenamtlichen Stellvertreter des Bürgermeisters/der Bürgermeisterin diskutiert. Hierbei sei zu hinterfragen, wieso diese Möglichkeit nicht auch auf die weiteren Stellvertretungen ausgeweitet wurde.

Ebenso diskutiert wurde die gesetzliche Differenzierung der Aufwandsentschädigung für Fraktionssitzungen und der nicht bestehenden Aufwandsentschädigung für Gruppensitzungen. Obwohl die von Seiten der FDP in die Diskussion eingebrachte rechtswissenschaftliche Beurteilung des Sachverhaltes zugunsten der Gruppen eine Entschädigungsmöglichkeit erkannte, war sich die Expertengruppe einig, dass eine über den Gesetzeswortlaut hinausgehende Aufwandsentschädigungszahlung zugunsten der Gruppen contra legem erfolgen würde und deshalb auch weiterhin abzulehnen sei.

Auch die neue Vergaberegulation wurde intensiv in der Expertengruppe diskutiert. Die beabsichtigten Verfahrenserleichterungen unter gleichzeitiger Schaffung einer kommunalen Satzungsmöglichkeit wurden hierbei debattiert und differenziert betrachtet. Resümiert wurde, dass erst wenn die Neuregelung länger in der Praxis angewendet worden sei, beurteilt werden könne, ob und wieweit diese einen Mehrwert und eine Erleichterung schaffen würde.

Ebenfalls in der Expertengruppe angesprochen wurde die in mehreren Kommunen entstandenen hohen Zahlen an Überhang- und Ausgleichsmandaten. Hierzu debattierten die Teilnehmenden, ob insbesondere auf Seiten des Landes eine intensive Beobachtung der jetzt neu gestarteten Kommunalwahlperiode geboten sei, um wenn auch keine neue Sperrklauseldebatte, so doch zumindest andere Wege einer Mandatsreduzierung zu eröffnen. Nur wenn entsprechende Überlegungen frühzeitig angestellt würden, könnte die Arbeitsfähigkeit von Räten und Kreistagen dauerhaft erhalten werden.

Auch die „Dauerbrenner“ des Kommunalverfassungsrechtes zum Thema steuerliche Behandlung der Aufwandsentschädigungen durch den Ratsherrenersatz, Sozialabgabepflichten für Aufwandsentschädigungen und der Fraktionsfinanzierungserlass wurden dahingehend besprochen, dass der teilweise seit Jahren bestehende Handlungsbedarf nicht aus den Augen verloren werden dürfe.



Bundesverband der Energie- und Wasserwirtschaft e. V.

2.000 UNTERNEHMEN. 1 STIMME.

Die Mehrheit unserer Mitglieder sind kleine und mittlere Unternehmen, die in den Kommunen eine sichere und bezahlbare Versorgung gewährleisten und die Energiewende vor Ort umsetzen.

Sprechen Sie uns an – wir bringen Praxiswissen aus der Mitgliedschaft in die politische Debatte ein.

www.bdew.de

Anzeige

Foto: SGK NRW

EXPERTENGRUPPE

KOMMUNALFINANZEN



**Sven
Wiertz**

Leiter der
Expertengruppe
Kommunal Finanzen

Im Rahmen seiner Klausurtagung am 20. und 21. September 2024 hat der SGK-Landesvorstand beschlossen, die Expertengruppe Kommunal Finanzen weiterzuführen. Die Leitung übernahm erneut Sven Wiertz, Stadtdirektor und Kämmerer der Stadt Remscheid.

Aufgrund der dynamischen Entwicklung sowie der Kommunalwahl im Jahr 2025 hat sich die Expertengruppe im Berichtszeitraum lediglich einmal in vollständiger Besetzung getroffen, darüber hinaus sind einzelne Themen in kleineren Arbeitszusammenhängen abgearbeitet worden.

Nicht nur in Nordrhein-Westfalen schrillen derzeit die Alarmglocken in den Rathäusern bei der dramatischen Entwicklung bei den Kommunal Finanzen. Die kommunalen Haushalte befinden sich in der schlimmsten Krise der Nachkriegsgeschichte. Das Jahr 2024 bedeutete für die NRW-Kommunen ein Rekorddefizit in einer Größenordnung von 6,8 Milliarden Euro. Allein in den ersten drei Quartalen des Jahres 2025 summierte sich das negative Finanzierungssaldo auf sagenhafte 7,7 Milliarden Euro. Die Zahlen für das Gesamtjahr werden zwar erst in diesen Tagen veröffentlicht, aber das Minus dürfte für 2025 rund 10 Milliarden Euro betragen – ein bisher nie gekannter Wert!

Getrieben von diesen strukturellen Defiziten steigt auch die kommunale Verschuldung während des Berichtszeitraumes immer weiter an. Die als Krisenindikator anerkannten Kassenkredite stiegen nach den ersten drei Quartalen des Jahres 2025 bereits auf 27,2 Milliarden Euro. Auch wenn die Landesregierung sich ihrer Altschuldenhilfe trotz aller konzeptioneller und struktureller Defizite rühmt, in dieser Dynamik verdampft sie wie der berühmte Tropfen auf dem heißen Stein. Ist Besserung in Aussicht? Nein. Die Landesregierung verweist auf die Grenzen ihrer finanziellen Handlungsfähigkeit.

Nach der Bundestagswahl im Februar 2025 standen im März des vergangenen

Jahres die Koalitionsverhandlungen der künftigen Regierungsparteien auf dem Programm. In Person ihres Vorsitzenden Frank Meyer war die SGK NRW prominent in der Verhandlungsgruppe 16 „Haushalt, Finanzen und Steuern“ vertreten. Einige Mitglieder der Expertengruppe Kommunalfinanzen haben in dieser Zeit das Verhandlungsteam mit umfassenden Einschätzungen, Informationen und Berechnungen versorgt, so dass mindestens auf dem Papier die Ergebnisse dieser Arbeitsgruppe sehr kommunalfreundlich waren. Immerhin konnten so Themen wie die Veranlassungskonnexität auf Bundesebene, die Grundlage für eine Beteiligung des Bundes an einer Altschuldenregelung – auch, wenn wir immer noch gespannt auf einen Gesetzentwurf warten, die Absicherung der Gewerbesteuer und der Mindesthebesatz von 280 Punkten, die Absicherung des steuerlichen Querverbundes, die Kompensation der kommunalen Einnahmefälle bei den degressiven „Super-Abschreibungen“ sowie bei der Senkung der Körperschaftsteuer und nicht zuletzt der Zukunftspakt Bund, Länder und Kommunen (u.a. angemessene Ausstattung kommunaler Aufgaben) in das Regierungsprogramm hineinverhandelt werden.

Der Landesvorstand der NRWSPD hat im Rahmen seiner Klausurtagung im Januar den Beschluss „NRW, jetzt erst gerecht!“ gefasst, der die sechs wichtigen Punkte für das Jahr 2026 fixiert. Für diese zentralen Herausforderungen sollen im weiteren Programmprozess Lösungen erarbeitet werden. Auch hier haben sich Mitglieder der Expertengruppe mit ihrer Expertise eingebracht und den Landesvorstand hinsichtlich der Forderungen zu Kommunalfinanzen beraten. So wird die Mogelpackung der aktuellen Landesregierung

zum Sondervermögen Infrastruktur aufgegriffen und die SPD stellt in Aussicht, dass unter ihrer Führung 80 Prozent der Mittel pauschal an die Kommunen gehen, damit das Geld dort eingesetzt werden kann, wo es besonders dringend gebraucht wird.

Darüber hinaus soll im Falle der Regierungsbeteiligung der Verbandsatz, also der für die kommunale Finanzausstattung wichtige Verteilmechanismus, zunächst von 23 auf 25 Prozent sowie nach der Konsolidierung von Landesförderprogrammen auf 26 Prozent erhöht werden. Allein diese Maßnahme würde die nordrhein-westfälischen Kommunen in Milliardenhöhe entlasten. Zudem spricht sich die SPD für die Wiederbelebung und Weiterentwicklung des Stärkungspaktes Stadtfinanzen aus.

Die Expertengruppe diente im Berichtszeitraum nicht nur dem Wissens- und Erfahrungsaustausch, sondern häufig in unterschiedlichen Konstellationen auch der Weiterentwicklung konkreter sozialdemokratischer Politik für die kommunale Ebene. Darüber hinaus war die Arbeit der Expertengruppe Grundlage für Veranstaltungen, die Vorstandsarbeit, Kommunale Kaffeepausen oder Austauschrunden der sozialdemokratischen Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamte mit der SPD-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

Die SGK NRW bedankt sich bei allen Mitgliedern, Referentinnen und Referenten, Mitwirkenden und Gästen für die gute Zusammenarbeit im Rahmen der Expertengruppen!

Anzeige



RWE

Aus Potenzial wird Perspektive!

Ihre Kommune kann durch § 6 EEG von der Energiewende direkt profitieren: Haushaltsentlastung durch intelligente Flächennutzung – dank 0,2 ct pro Kilowattstunde!

Jetzt
Wind- oder Solar-
partner werden!

Treffen Sie uns am
RWE-Stand
auf der begleitenden
Fachausstellung.

YOUNG PROFESSIONALS

Rund 70 junge Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landräte, Beigeordnete, Fraktionsvorsitzende, hauptamtliche Fraktionsgeschäftsführer und Fraktionsgeschäftsführerinnen, Landtagsabgeordnete sowie leitende Angestellte aus Kommunalwirtschaft und Verwaltung kommen hier zum Austausch und zur Vernetzung zusammen.

Die Gruppe wurde bisher geleitet von Sarah Süß (Bürgermeisterin der Gemeinde Steinhagen und stellvertretende SGK-Landesvorsitzende), Henning Gronau (Bürgermeister der Gemeinde Erndtebrück und Schriftführer im Landesvorstand) sowie Rajko Kravanja (Bürgermeister der Stadt Castrop-Rauxel und Beisitzer im Landesvorstand). Seit der letzten Landesdelegiertenversammlung fanden

mehrere gut besuchte Präsenztreffen statt, unter anderem zu Diskussionen im Vorfeld von Landesparteitagen und zur aktuellen politischen Lage. Auch der Bürgermeisterinnen- und Bürgermeisterstammtisch tagte regelmäßig.

Derzeit wird die Expertengruppe nach der Kommunalwahl neu konzipiert. Geplant ist weiterhin eine Ausrichtung auf junge Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in Kommunalverwaltungen, mit Fokus auf aktuelle Herausforderungen, Perspektiven und Ziele sozialdemokratischer Personalpolitik.

WIE GEHT'S WEITER?

Vor der Sommerpause ist ein digitaler Auftakt geplant, im Oktober folgt ein zweitägiges Präsenztreffen in Unna. Ergänzend sollen weitere flexible Austauschformate zur Vernetzung von Führungskräften und zur Stärkung der Personalentwicklung etabliert werden.

Foto: Florian Pichler - Pixabay

eGovPraxis Sozialhilfe

Echte Entlastung in der Fach- & Sachbearbeitung

Die Rechtsinformations- & Wissensmanagementlösung für Sozialämter.

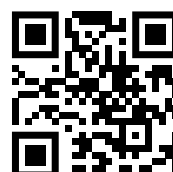
eGovPraxis Sozialhilfe verknüpft praxisorientierte Rechtsinhalte zur Sozial- und Eingliederungshilfe, zu Wohngeld und Asylbewerberleistungen mit Ihren lokalen Regelungen und Arbeitsmaterialien auf einer Plattform. Treffen Sie Fallentscheidungen rechtssicher und effizient.

Besuchen Sie unseren Stand auf der
SGK-Tagung vom 17. bis 18. April 2026.

 Wolters Kluwer



Jetzt informieren:



egovpraxis.de

Anzeige

MITGLIEDERENTWICKLUNG UND FINANZEN

Im Jahr 2026, nach der Kommunalwahl in NRW, betrug der Mitgliederbestand zum ersten Quartal 8.812 Mitglieder, davon sind 377 Menschen Einzelmitglieder. Damit ist die Zahl nach der Kommunalwahl 2025 leicht gestiegen.

Da mehr als die Hälfte der SGK-Finanzmittel durch die Landeszuweisungen abgedeckt werden und deren Höhe direkt mit dem SPD-Landtagswahlergebnis korrespondiert, schauen wir gespannt auf das Landtagswahlergebnis am 25. April 2027. Durch effiziente Umstrukturierungen, neue innovative Konzeptionen und weitere Digitalisierungsprojekte konnte die Finanzlage der SGK NRW weiter stabilisiert und auf die Zukunft ausgerichtet werden.

Die Prüfungsichte durch Landtagsverwaltung und die weiteren Prüfinstanzen sowie der freiwilligen jährlichen Jahresabschlussprüfung durch ein externes Rechnungsprüfungsamt sind nach wie vor hoch. Die Kassenprüfung durch die Revisoren fand im Vorfeld der LDV Ende März 2026 in der Geschäftsstelle statt.



SGK-SCHRIFTENREIHE

Die SGK-Publikationen sind aus den Bücherregalen der Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker in NRW nicht wegzudenken. Regelmäßig gibt die SGK Publikationen im Rahmen der Schriftenreihe heraus. Rechtzeitig zu Beginn der Vorbereitung der Kommunalwahl erschien die SGK-Handreichung „Verfahren, Tipps und Hinweise zur Kommunalwahl 2025“ und kurz nach der Kommunalwahl die Neuauflage der Gemeindeordnung NRW (Schriftenreihe Band 49).

Aktuell befindet sich das NKF-Handbuch in der vollständigen Überarbeitung und wird noch dieses Jahr erscheinen. Ebenfalls in Vorbereitung ist die Neustrukturierung und Überarbeitung des Handbuchs zu Stadtentwicklung und Bauleitplanung.

Fotos: www.kaboompics.com - Pixels | Melanie Dezirel - Unsplash | Thought Catalog - Pixels | SGK NRW



Anzeige

DB InfraGO

Gemeinsam

mit ganzheitlich entwickelten Bahnhöfen und attraktiven Quartieren die Verkehrswende voranbringen.

SEMINARPROGRAMM

ERFOLG IST KEIN ZUFALL...



**SEMINARAN-
GEBOTE DER
SGK NRW**

**KOMMUNALE
KAFFEEPAUSE**

Hier kann man sich beim Zoom-Meeting einwählen.

Seit der letzten Landesdelegiertenversammlung wurde das Seminarprogramm der SGK NRW weiter ausgebaut. Die Akzeptanz von digitalen Seminarangeboten hat sich weiter verstetigt, sodass die Basis-Schulungen und das Seminarprogramm der Bildungsbausteine als regelmäßige „Donnerstags-schulungen“ angeboten werden. An insgesamt 28 Donnerstagen bietet die SGK NRW so in 2026 alle Bereiche von Basisschulungen bis hin zu Kommunikationsseminaren an. Die Seminarformate „Die Lust am Auftritt“, „SGK-Schreibwerkstatt“ und weitere Seminare werden weiterhin in regelmäßigen Abständen in Präsenz oder digital angeboten

WAS AM MEISTEN BEWEGT
Die häufigsten – auch vor Ort – nachgefragten Seminarthemen waren in den letzten beiden Jahren der Umgang mit ChatGPT und KI sowie Strategien der Online- und Öffentlichkeitsarbeit. Neu hinzugekommen und gerade nach der Kommunalwahl 2025 sehr nachgefragt ist das Thema „Demokratie ist nicht neutral: Ansätze zum Umgang mit extremistischen Gruppen in politischen Gremien“, welches die SGK NRW gemeinsam mit dem Kooperationspartner Public.pioneers anbietet.

ERFOLGSGESCHICHTE DIE „KOMMUNALE KAFFEEPAUSE“
Ein Erfolg auf ganzer Linie – so lässt sich die halbe Stunde digitale Kaffeepause jeden Freitag von 9.00 - 9.30 Uhr beschreiben. Seit dem Start am 18. Juni 2021 fand mit Ausnahme von Brücken- und Feiertagen jeden Freitag die KOMMUNALE KAFFEEPAUSE der SGK NRW statt. Auf 224 Ausgaben blickt die SGK NRW am Tag der Landesdelegiertenversammlung 2026 zurück. Die Kaffeepause mit den unterschiedlichsten Themen wurde von insgesamt rund 8.230 Teilnehmenden besucht, hinzukommen rund 1.800 Abrufe der Videos über das Intranet. Die Teilnehmenden können sich auch für die folgenden Jahre sicher sein: Es geht weiter mit neuen, spannenden und informativen Inhalten rund um Kommunalpolitik in NRW.

Foto: Dolfi Maurer - Pixabay

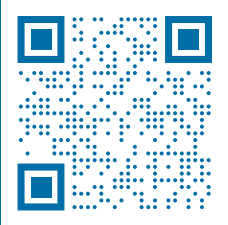
Anzeige

VDV Die Verkehrsunternehmen



Deutschlandangebot 2040: Moderner, effizienter, leistungsstarker ÖPNV

Ein starker öffentlicher Verkehr ist mehr als Mobilität, er ist ein Standortfaktor. Damit die wirtschaftliche Entwicklung in Deutschland gestärkt und gleichzeitig die Klimaschutzziele erreicht werden können, müssen wir mehr in Busse, Bahnen und Infrastruktur investieren. Nur so sichern wir Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität für morgen.



Bildmontage: üstra Hannoversche Verkehrsbetriebe AG, Martin Bargiel - www.fotografie-wiese.de
Rheinbahn - Laura, stock.adobe.com - Cavad, stock.adobe.com - nexusseven, stock.adobe.com - KI

SEMINARE NACH §113 GO

Seit 2022 müssen die Vertreterinnen und Vertreter der Räte und Kreistage, die in Aufsichts- und Verwaltungsgremien entsendet werden, die erforderliche Sachkunde für diese Tätigkeit nachweisen. Dies geschieht durch spezielle Seminare, die den Anforderungen des §113 Abs. 6 GO Rechnung tragen. Diese Seminare hat die SGK gemeinsam mit den kommunalpolitischen Vereinigungen der CDU, FDP, Bündnis 90/Die Grünen und vielen sachkundigen Expertinnen und Experten entwickelt. Bereits neun dieser Online-Seminare vor und nach der Kommunalwahl 2025 haben 206 Menschen zur Erlangung der Sachkunde verholfen. Das Angebot wird kontinuierlich fortgesetzt und allen Mitgliedern der SGK NRW angeboten.



Foto: pressmaster - Fotolia



Anzeige

Zukunft

wird vor Ort gemacht.

Deutschlandweit in den kommunalen Unternehmen.

Wir halten Deutschland am Laufen.

Kommunale Unternehmen sichern **zuverlässige Daseinsvorsorge**, bieten **nachhaltige Lösungen** und sind immer nah bei den Menschen. Im Wettbewerb setzen sie auf **Qualität, Innovation und Effizienz**, um die besten Dienstleistungen für Bürger und Wirtschaft zu liefern. Sie gestalten Zukunft, verbessern die Lebensqualität und sorgen dafür, **dass unser Land auch morgen noch gut funktioniert.**

vku.de/grundsatzprogramm



SGK-GESCHÄFTSSTELLE

PERSONAL

Seit der Landesdelegiertenversammlung 2024 in Köln hat sich in der SGK-Landesgeschäftsstelle einiges verändert. So freut sich unsere Referentin **Alice Römer** über Familienzuwachs und befindet sich aktuell in Elternzeit. Sie wird vertreten durch den 45-jährigen Volljuristen **Wilhelm Knolle** aus Unna, der bereits von 2024 bis Mitte 2025 in der SGK-Landesgeschäftsstelle tätig war.



**Alice
Römer**



**Wilhelm
Knolle**



**Elke
Krumbein**



**Sabine
Fuchs**

Anfang 2025 startete **Elke Krumbein** nach mehr als 40 Jahren Tätigkeit im Sekretariat der SGK NRW in die Passivphase der Altersteilzeit. Als Nachfolge wurde im März 2025 die 50-jährige Düsseldorferin **Sabine Fuchs** eingestellt, die seitdem das Team in der Landesgeschäftsstelle in den Bereichen Mitgliederbetreuung, Gremien- und Veranstaltungsvorbereitung komplettiert.

Fotos: SGK NRW

Anzeige

zfm ▶

Führungskräfte für den öffentlichen Sektor.

Die Personalberatung
für die Kommunalwirtschaft
& die öffentliche Verwaltung

Mehr Infos



zfm-bonn.de

Jetzt neu:



Die HR-Software
für digitale Auswahlverfahren,
Potenzialanalysen und
Bewerbungsmanagement

www.zfm-talentboard.de

Entdecken
Sie Talente

EIN FSJP BEI DER SGK NRW

Die SGK NRW bietet jungen Menschen bereits seit 2011 an, ein „Freiwilliges Soziales Jahr im politischen Leben“ (FSJP) in der Geschäftsstelle in Düsseldorf zu absolvieren. Dort erweitern die Freiwilligen ihr Verständnis der Gesetzgebungsprozesse des Landes Nordrhein-Westfalen sowie der staatspolitischen Funktionen von Kommunen und kommunalen Vertretungen. Durch das FSJP haben sie die Chance, ihr Wissen zu vertiefen und gleichzeitig zu sehen, wie die Arbeit innerhalb einer kommunalpolitischen Vereinigung gestaltet ist. Im Mittelpunkt des FSJP bei der SGK NRW stehen dabei die Vermittlung von Strukturen, Aufgaben und Arbeitsabläufen in der SGK-Geschäftsstelle sowie die Teilnahme an Veranstaltungen. Während des Jahres unterstützen die Freiwilligen die Geschäftsstelle durch Recherchen im Rahmen der Fach- und Rechtsberatung. Sie sind in der Planung, Organisation und Durchführung von Bildungsveranstaltungen tätig.

Seit 2011 sind schon 15 Freiwillige ein Teil des Teams der SGK NRW geworden. Innerhalb des Berichtszeitraums seit 2024 gab es zwei Freiwillige:

IJGD

Internationale Jugendgemeinschaftsdienste:



Kiran Gurung

📅 2024 bis 2025



Marie Meinhardt

📅 seit Sept. 2025



Fotos: cottonbro studio - Pixels | SGK NRW

Auch in den nächsten Jahren wird die SGK NRW jungen Menschen weiterhin die Möglichkeit geben, einen Einblick in die kommunalpolitische Arbeit zu erhalten.

IMPRESSUM

DIE KOMMUNALE
Das Magazin für Kommunalpolitik
Herausgeber:
Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in NRW e.V. (SGK NRW)
Elisabethstraße 16, 40217 Düsseldorf
Tel.: 0211-876747-0
Fax: 0211-876747-27
info@sgk-nrw.de
www.diekommunale.de

Verantwortlich (auch für Anzeigen):
Maik Luhmann,
Landesgeschäftsführer der SGK NRW

Satz und Gestaltung:
SGK NRW, Postfach 20 07 04,
40104 Düsseldorf

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der SGK NRW wieder. Nachdruck mit Quellenangabe gestattet.

Anzeige

CHARLY

DER KI-AGENT IM BÜRGERSERVICE

IMMER ERREICHBAR IN 30 SPRACHEN
PER TELEFON & CHAT

ENTWICKELT FÜR KOMMUNEN,
MIT KOMMUNEN

WEIL IHRE ZEIT ZU WERTVOLL
FÜR ROUTINEFRAGEN IST

HALLOCHARLY.DE

SGK-DIGITAL



SGK.NRW

Mittels Internetseite und Intranet bietet die SGK NRW ein umfangreiches Serviceportal für ihre Mitglieder. Stabile monatliche Zugriffszahlen belegen die hohe Relevanz der Inhalte. Ergänzend zu etablierten Angeboten wie den Videos der „Kaffeepause“ und On-Demand-Seminaren wurde in Kooperation mit Wolters Kluwer eine Rechtssammlung integriert – ein zusätzlicher Mehrwert für die Mitglieder.

MEHR SOCIAL UND MEDIA

Die Newsletter HVB-Info, INFO-Mail und SEMINAR-Mail werden sehr gut angenommen und erzielen hohe Zugriffszahlen. Auch die Social-Media-Kanäle (Facebook, Instagram, LinkedIn) werden kontinuierlich ausgebaut. Neben der Berichterstattung über Veranstaltungen und Inhalte der SGK selbst und Netzwerkpartnern soll der Fokus künftig verstärkt auf praxisnahen Inhalten für den kommunalpolitischen Alltag liegen.

DIE KOMMUNALE.DIGITAL

Das Mitgliedermagazin „Die Kommunale“ erscheint weiterhin regelmäßig und erreicht Mitglieder, kommunale Expertinnen und Experten sowie Hochschulen in NRW. Die Umstellung auf die rein digitale Ausgabe wird sehr gut angenommen.

Die Kooperation mit der Bundes-SGK und der Zeitschrift „Demokratische Gemeinde (DEMO)“ im Vorwärts-Verlag lief erfolgreich. Zusätzlich erschien dreimal jährlich „Die Kommunale spezial“ als Beilage im NRW-Teil des Vorwärts. Anfang 2026 wurden DEMO und Vorwärts jedoch bis auf weiteres eingestellt. Positiv zeichnet sich ab, dass der Verlag gemeinsam mit Akteuren aus Partei, Bundes-SGK und SGK NRW neue Kommunikationsformate für Kommunalpolitikerinnen und -politiker in NRW und bundesweit entwickelt.

Fotos: Zulfugar Kaimov - Pexels | SGK NRW

Anzeige

FAHRRAD. DAS BESTE FÜRS BUDGET. DAS BESTE FÜR DIE KOMMUNE.



Fahrradmobilität, Abstellanlagen und kommunales Leasing sind gut investiert, schnell wirksam und dauerhaft attraktiv.

Die Fahrradwirtschaft: Internationaler Leitmarkt und Innovationsstandort für Fahrrad und E-Bike.
Mehr auf zukunft-fahrrad.org

**ZUKUNFT
FAHRRAD** 

GUTES REGIEREN IN EINEM MODERNEN STAAT

IMPULSGEBER FÜR EINEN HANDLUNGSFÄHIGEN STAAT



Mit dem 2. und 3. Staatsreformgipfel „Gutes Regieren in einem modernen Staat“ haben die Friedrich-Ebert-Stiftung, der Arbeitskreis Staatsreform und die SGK NRW in Unna ihre gemeinsame Debattenreihe zur Modernisierung von Staat und Verwaltung fortgesetzt. Im Mittelpunkt stehen die zentralen Fragen, wie staatliche Handlungsfähigkeit unter den Bedingungen wachsender Investitionsbedarfe, sozialer Transformation und zunehmender Komplexität gesichert werden kann.

Der 3. Gipfel 2025 stand vor dem Hintergrund des bundespolitischen Leitmotivs „Verantwortung für Deutschland“ und zeigte in der Debatte deutlich: Finanzielle Mittel allein reichen nicht aus – entscheidend sind leistungsfähige Strukturen, klare Zuständigkeiten und beschleunigte Verfahren.



Den Auftakt setzte Dr. Ralf Böisinger. Er betonte, dass Investitionen gezielt dort ankommen müssen, wo sie konkrete Verbesserungen bewirken – insbesondere in Kommunen, Infrastruktur, Bildung und Daseinsvorsorge. Der Staat dürfe dabei nicht selbst zum Engpass werden, sondern müsse Prozesse vereinfachen und Verantwortung stärken.

Garrelt Duin richtete den Blick auf den strukturellen Reformbedarf. Er forderte, Gesetzgebung stärker vom Vollzug her zu denken, Bürokratie gezielt abzubauen und staatliches Handeln transparenter zu machen. Staatsmodernisierung bedeute auch, Zuständigkeiten klarer zu regeln und Komplexität zu reduzieren.

In den weiteren Diskussionen wurde deutlich, dass ein zukunftsfähiger Staat neue Formen der Zusammenarbeit benötigt. Tiaji Si warb für eine innovationsorientierte Verwaltung, die experimentiert, lernt und stärker mit Zivilgesellschaft und Wirtschaft kooperiert. Philippa Sigl-Glückner ergänzte aus finanzpolitischer Perspektive, dass Investitionen strukturell ermöglicht werden müssen, um langfristige Schäden zu vermeiden.

Ein Höhepunkt war das Kaminesgespräch mit Stephan Weil, der Staatsreform als langfristigen Prozess beschrieb, der klare Prioritäten und institutionelle Lernfähigkeit erfordere.

Fotos: SGK NRW

Anzeige

Am zweiten Tag rückte die Leistungsfähigkeit der Verwaltung in den Fokus. Philipp Häfner stellte Ansätze zur Standardisierung und Digitalisierung vor, die Effizienz und Verlässlichkeit erhöhen sollen. In Workshops wurde deutlich: Neben Technik braucht es vor allem eine neue Führungs- und Organisationskultur, geprägt von Vertrauen, Verantwortung und Fehlertoleranz.

Die Abschlussdiskussion machte klar: Staatsreform ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Sie gelingt nur durch politisches Engagement, institutionelle Zusammenarbeit und gesellschaftlichen Konsens.

Der Gipfel hat gezeigt: Der Reformbedarf ist groß – ebenso die Bereitschaft, ihn anzugehen. Die Debatte wird fortgesetzt: Der 4. Staatsreformgipfel ist für November 2026 in Unna geplant.

Bundesverband
wifahren

Taxis und Mietwagen bewegen das moderne Deutschland

wifahren.de

PODCAST
Staffel 2
#30 Businessplan V

TREFFEN, NETZWERK, KOOPERATIONEN

(Ober-)Bürgermeisterinnen und -bürgermeister, Landräte, Beigeordnete, Fraktionsvorsitzende und kommunale Akteure kommen in vielfältigen Formaten zusammen: von Meinungsaustauschen, Fachgesprächen und Regionalkonferenzen über Themendialoge bis hin zu Treffen mit kommunalen Spitzenverbänden und Kommunalkongressen. Das Veranstaltungsangebot der SGK NRW ist entsprechend breit aufgestellt.



Fotos: SGK NRW | SPD-Landtagsfraktion NRW



DER KURZE DRAHT NACH DÜSSELDORF UND BERLIN

Die regelmäßigen Meinungsaustausche zwischen haupt- und ehrenamtlichen Kommunalen und der Landespolitik bleiben ein zentraler Baustein zur Formulierung von Forderungen an Landes- und Bundesregierung. Zahlreiche Initiativen vor Ort werden hier abgestimmt und koordiniert. Der enge Austausch mit Landtagsfraktionsvorsitzenden, SPD-Parteispitze, Generalsekretär, Landesgruppe sowie den fachpolitischen Sprecherinnen und Sprechern in Bund und Land funktioniert zuverlässig und intensiv.



KAMINGESPRÄCHE UND „KOMMUNALE MITTAGSPAUSE“

Zur Kommunalwahl wurde das Angebot um die SGK-Kamingespräche – ein Austauschformat für amtierende Hauptverwaltungsbeamtinnen und -beamte mit Kandidierenden – sowie die „Kommunale Mittagspause“ ergänzt. Beide Formate ermöglichen einen aktuellen politischen Austausch zwischen Kandidierenden, Landtagsfraktion, Landespartei und Amtsinhaberinnen und Amtsinhabern.



SGK-KREISVERBANDSKONFERENZEN

Auch in den vergangenen Jahren hat die SGK regelmäßig zu digitalen Kreisverbandskonferenzen eingeladen. Neben formellen

Themen – etwa Beitragserhöhungen oder Änderungen in den Bildungsrichtlinien – bieten die Konferenzen inhaltliche Impulse aus verschiedenen Politikfeldern sowie Raum für den Austausch über Best-Practice-Beispiele.

Die DebeKa-Gruppe

FÜREINANDER DA SEIN

Der wahre Wert einer Gemeinschaft zeigt sich in schwierigen Zeiten.

0800 8 88008200
www.debeka.de

Facebook Instagram TikTok YouTube X LinkedIn Pinterest

Debeka
Das Füreinander zählt.

Anzeige



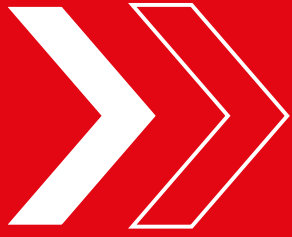
Plattform,
Fachverfahren,
Online-Dienste.

**Kommunalsoftware
aus einem Guss.**

- **VOIS** = **V**erwalten, **O**rganisieren, **I**ntegrieren, **S**ystematisieren
- Fachverfahrensunabhängige Softwareplattform
- Ganzheitliche und innovative Softwaregeneration
- Einheitliches Look-and-Feel
- Zurzeit stehen circa 40 Fachverfahren sowie Online-Dienste bereit



www.vois.org



NRW muss funktionieren – auch vor Ort

Wo treffen Familien auf unzuverlässige Kitazeiten, heruntergekommene Schulklos, kaputte Straßen, zu wenige bezahlbare Wohnungen und weite Wege zur Kinderärztin? Vor Ort! Viele sind daher unzufrieden mit ihrer Kommune und äußern Kritik an der Politik vor Ort. Zu Unrecht. Denn bei aller berechtigten Kritik: Bei zahlreichen Problemen ist die schwarz-grüne Landesregierung verantwortlich für die Situation. Das Land ist nämlich zuständig für „seine“ Städte und Gemeinden – sowohl laut Verfassung als auch in der konkreten Praxis. Es muss dafür sorgen, dass die Menschen überall gleichwertige Lebensverhältnisse vorfinden. Doch das ist mehr Hoffnung als Realität.

Uns interessiert deine Sicht der Dinge: Was läuft schief – und was muss sich ändern? Wir möchten gemeinsam herausfinden, wie die Kommunen in NRW zu Orten werden, an denen Familien gute Chancen, faire Bedingungen und echte Unterstützung finden.

Mach mit und sag uns deine Meinung unter family-first.nrw.

Nutze die Chance und teile uns deine Ideen mit – deine Antworten fließen direkt in unsere Arbeit und parlamentarischen Initiativen ein.

family-first.nrw

FÜR FAIRE BEDINGUNGEN VOR ORT



MEHR EINNAHMEN DURCH STEUERN

Immer mehr Aufgaben, immer mehr Sozialausgaben – gegen diese chronische Unterfinanzierung hilft nur ein höherer Anteil der Kommunen am Steueraufkommen des Landes.



80 PROZENT DES BUNDES-INVESTITIONSPAKETS

Von den rund 21 Milliarden Euro für NRW aus dem Sondervermögen des Bundes für Investitionen erhalten die Kommunen pauschal nur 47 Prozent. Wenn die Städte und Gemeinden jedes Jahr 80 Prozent der Investitionen in NRW stemmen, müssen auch 80 Prozent des Investitionspakets bei ihnen ankommen.



LANDESGESETZ FÜR DEN OFFENEN GANZTAG

Trotz Rechtsanspruch auf einen Platz im offenen Ganzttag gibt es kein OGS-Landesgesetz. Wir fordern ein entsprechendes Gesetz für mehr Klarheit über Zuständigkeiten und die Finanzierung – und zwar auf Kosten des Landes statt der klammen Kommunen.



JUSTUS MOOR

Sprecher im Ausschuss
für Heimat und Kommunales

„Das Land muss dafür sorgen, dass die Menschen in allen Städten und Gemeinden gleiche Lebensverhältnisse vorfinden.“

Weitere Infos unter:
www.spd-fraktion-nrw.de